Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur sonntags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 94. | Dresden, Sonnabend den 25. April 1914. | 25. Jahrg.

Arbeiter und Parteigenossen! Rüstet für die Arbeitsruhe am 1. Mai!

Bei der Reichstagsersatzwahl in Braunsberg-Heilsberg wurde der frühere Gouverneur von Ostafrika Freiherr v. Rechenberg gewählt.

Freiherr v. Zedlitz bezeichnet die Erwartung, daß Loebell eine gute preußische Wahlreform beabsichtige als eine „Fabel von seltener Albernheit".

Im Dorf Kamieniopol in Galizien wurden 90 Häuser durch eine Feuersbrunst zerstört. — Das Dorf Sogorja in Russisch-Polen ist vollständig niedergebrannt.

In Mexiko-City kam es zu Ausschreitungen gegen Amerikaner.

Die mexikanischen Rebellenführer Carranza und Villa stehen noch immer in Unterhandlung mit Wilson. Carranza soll von Villa gefangen genommen worden sein.

Modernes Arbeiterelend.

Seit es den Gewerbeaufsichtsbeamten untersagt ist, in ihren Berichten auch die sozialen Mißstände ans Tageslicht zu ziehen, Betrachtungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter anzustellen, soll es „von Amts wegen" kein Arbeiterelend mehr geben. Aber so sehr sich auch die Regierungs- und Gewerberäte bemühen, der bundesrätlichen Anweisung — die auf Verlangen der Unternehmer ergangen ist — nachzukommen, so ganz und gar können sie die sozialen Mißstände nicht unterschlagen. Und besonders die süddeutschen Gewerbeaufsichtsbeamten, aber auch neuerdings wieder die preußischen, die jedes Jahr eine Reihe wertvoller Sondererhebungen veranstalten, liefern immer noch eine Anzahl interessanter Beiträge zur Beurteilung unserer Sozialzustände. Die soeben erschienenen Berichte von Preußen, die die Ergebnisse der Sondererhebungen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in den Bäckereien, über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den Vergoldereien und in den Steinbrüchen sowie über die Wohnungen der Arbeiter enthalten, liefern sogar Elendsbilder ergreifender Art, während die Berichte von Bayern die Verheerungen des Krisenjahres zeigen und eine umfassende Darstellung der Hausarbeit enthalten.

Die Schmälerung des Verdienstes der Arbeiter und die große Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre wird in fast allen Berichten konstatiert. Die bayrischen Berichte sprechen von einer „oft sehr großen Not". Der Münchner Beamte sagt, die ungünstige wirtschaftliche Lage habe sich „der Arbeiterbevölkerung hart fühlbar gemacht". Bereits im Juli habe die Zahl der gänzlich Arbeitslosen 7000 betragen. In der Oberpfalz haben „Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzungen größeren Umfanges sowie die hierdurch bedingten Lohnausfälle die Lebenshaltung vieler Arbeiter recht ungünstig beeinflußt". Wie stark die Verschlechterung der Lebenshaltung war, geht daraus hervor, daß sie sich in dem geringen Absatz zahlreicher Gewerbe „auffallend bemerkbar" gemacht hat. In Mittelfranken erreichten die Arbeiter nur noch die Hälfte des regelmäßigen Verdienstes.

Aehnliche Feststellungen machen auch die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten. Aber wesentlich bedeutungsvoller ist das, was die Beamten in Preußen über die Verhältnisse ermittelt haben, in denen die Arbeiter dauernd, auch beim besten Geschäftsgange, leben. Besonders von den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter entwerfen die Jahresberichte der königlich preußischen Regierungs- und Gewerberäte ein Bild, das gar nicht furchtbarer und erschreckender sein könnte. Hausen doch die Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrzahl im ganzen Regierungsbezirke Breslau in einem einzigen Wohnraum, der dazu noch vielfach minderwertig ist und in dem die Eltern und die Kinder schlafen, in dem gewohnt, gekocht und in der Hälfte aller Fälle auch noch gearbeitet wird! In der Grafschaft Glatz verfügen nach einer ungefähr 5000 Familien umfassenden Erhebung etwa 78 Prozent nur über eine Einzimmerwohnung. Durchschnittlich kommen auf die einzelnen Räume 4 bis 6 Personen bei etwa 20 bis 25 Quadratmeter Grundfläche. In Reichenbach und seiner industriereichen Nachbarschaft besteht heute noch vielfach die Wohnung der Arbeiter in „der Stube", die Wohnraum, Küche und Schlafraum umfaßt. Dieser Zustand, sagt der Bericht, gelte nicht nur für kleine Haushaltungen, sondern auch für kinderreiche Familien, die zu fünf, sechs und mehr Köpfen in einem einzigen Raume hausen. Die Wohnungen haben so wenig Platz, daß die Treppenfluren noch mit Hausrat besetzt werden müssen. In der Stadt Waldenburg machen die Wohnungen dieser Art etwa 73 Prozent aus, in Gottesberg 97 Prozent, in Niederhermsdorf 97,9 Prozent usw., so daß man getrost sagen kann: alle Arbeiter haben nur eine so erbärmliche Wohnungsgelegenheit! „Die Häuser sind häufig bis in die Dachkammern hinein mit Menschen besetzt, ungeachtet der entgegenstehenden baupolizeilichen Vorschriften", berichtet der Aufsichtsbeamte. Und diese Wohnungen werden auch noch zu gewerblichen Zwecken benutzt, außerdem ist die Quartiergängerhaltung sehr verbreitet.

Die schweren Schäden und Uebelstände, die ein solches Wohnwesen zur Folge haben muß, werden in den Berichten nicht verschwiegen. Im Kreise Waldenburg betrug im Jahre 1913 die Säuglingssterblichkeit immer noch 24,13 Prozent, in dem Textilarbeiterdorf Langenbielau 20,9 Prozent, im Jahre 1908 sogar noch 33 Prozent. Die Amtsärzte stellen aber auch fest, daß namentlich Sittlichkeitsverbrechen und unsittliche Handlungen junger Leute häufig die Folgen dieses Wohnungselends seien. Fast die Hälfte aller Kinder in Langenbielau wird unehelich geboren.

So liegen die Verhältnisse im ganzen Regierungsbezirk Breslau. Im Aufsichtsbezirk Brieg liegt ein „beträchtlicher Teil" der Arbeiterwohnungen im Keller, im Bezirk Breslau-Land umfassen die Arbeiterwohnungen „meist nur eine Stube", viele Wohnungen sind minderwertig. Ebenso schlimm ist es in der Stadt Breslau. Ueber die Breslauer Arbeiterwohnungen sagt der Bericht: „Die Arbeiter haben meist Wohnungen von einer Stube mit kleiner Küche oder, bei größeren Familien, von zwei Stuben mit dunklem Vorraum oder von einer Stube mit Nische und Küche; Mehrzimmerwohnungen kommen kaum vor. Die dunklen Vorräume und Kabinette, die häufig die Stelle der Küche vertreten, und in die nie ein Sonnenstrahl dringt, die auch nie gründlich gelüftet werden können, müssen den Kindern vielfach als Schlafraum dienen." Von 1000 Wohnungen liegen 25 im Keller, 180 vier, 16 fünf oder mehr Treppen hoch. Und diese Wohnungen werden von den Beamten „gesundheitlich als besonders minderwertig" bezeichnet.

Die Ursache dieses furchtbaren Zustandes liegt zwar zu einem nicht geringen Teil in der kapitalistischen Wohnungsproduktion. Die Arbeiter haben keine Auswahl „und müssen meist die Wohnung nehmen, die gerade leer steht, unbekümmert um ihren baulichen und hygienischen Zustand." Aber doch nur zu einem Teil ist hierin die Wurzel des Uebels zu suchen. Denn eine Miete von 300 M. — unter dem läßt sich heute keine gute Arbeiterwohnung mehr in einer Stadt herstellen — können nur wenige Arbeiter aufbringen, oder aber sie sehen sich genötigt, Schlafgänger zu halten. Das Wohnungselend ist eben ein Teil des allgemeinen wirtschaftlichen Elends, mit dem es erst einmal ganz verschwinden wird. Es ist deshalb da am größten, wo die Löhne am niedrigsten sind, wie im Osten Deutschlands. Der Regierungs- und Gewerberat Rube in Liegnitz gibt z. B. in seinem Bericht u. a. auch den Wochenverdienst der Heimarbeiter im Gewerbeinspektionsbezirk Hirschberg i. Schl. wieder. Danach verdienen bei einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden wöchentlich in Mark: Spuler 1,70 bis 2,50, Handweber 3,50 bis 5,50, Spitzennäherinnen 2,50 bis 6,—, andere Näherinnen 5,50 bis 8,50, Knüpferinnen 7,— bis 9,—; in der Porzellanindustrie Putzerinnen 5,— bis 8,—, Sortiererinnen 7,— M. usw. In den Fabriken und Gruben ist der Verdienst höher, aber der Lohn steht bekanntlich allgemein hinter den Löhnen im übrigen Deutschland zurück.

Ein Wohnungselend besteht allerdings — wie die Berichte der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten konstatieren — überall, in allen Großstädten, aber auch in kleinen Orten und auf dem Lande. Die „Wohnungsfürsorge" hat auch noch gar nichts daran zu bessern vermocht. Denn die Zahl der Arbeiter hat sich bisher wesentlich mehr vergrößert, als die gesunden modernen Kleinwohnungen zugenommen haben. Selbst im Regierungsbezirk Düsseldorf, wo die Unternehmer am meisten gezwungen waren, Arbeiterkolonien zu errichten, wo auch die meisten Baugenossenschaften bestehen und die Gemeinden relativ viel tun und deshalb bereits 37 589 erwachsene Arbeiter mit einem sich auf insgesamt 164 690 Köpfe belaufenden Personenkreis in Wohnungen untergebracht sind, deren Errichtung auf der „Wohnungsfürsorge" beruht, leben erst 9 Prozent der gesamten Arbeiterschaft in solchen besseren Wohnungen. Das bedeutet, daß 91 Prozent der Arbeiter in schlechten, ungesunden, mindestens ungenügenden Wohnungen hausen; im übrigen Teil des Landes aber weit mehr.

Wie erbärmlich gestaltet sich doch das Leben des modernen Proletariers, der nach langer und schwerer Arbeit nur in Ausnahmefällen ein Heim aufsuchen kann, in dem er Ruhe und Erholung findet und sich behaglich zu fühlen vermag! Das haben von neuem die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt, deren Untersuchungen zu einer schweren Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung führten.

Zedlitz über Loebell.

Die liberalen Illusionen, mit denen der neue preußische Minister des Innern jubelnd bewillkommnet wurde, erfahren jetzt eine vernichtende Abfertigung durch einen, der recht gut weiß, wie die politischen Dinge wirklich stehen. Oktavio v. Zedlitz, der freikonservative Führer im Dreiklassenhause, leitartikelt im Tag über Dallwitz und Loebell. Er kommt dabei auf das liberale Gerede zu sprechen, daß Loebell durch Bethmann als Bahnbrecher einer liberalisierenden Wahlreform

Eine sozialdemokratische Herzogin.

Aus Breslau wurde gemeldet, daß Frau Dr. Willim im Alter von 60 Jahren die Augen für immer geschlossen habe.

Die Nachricht ruft Erinnerungen aller Art in mir wach. Es war im Jahre 1900, als ich sie im damaligen Versammlungslokal der Breslauer Sozialdemokratie zum erstenmal sah. „Lokal" allerdings ist nicht die rechte Ausdruck. Es war ein mehr als kümmerlicher Raum, weit draußen an der Peripherie der Stadt gelegen, eher einem Stall als einem Versammlungssaal ähnlich. Kaum 150 Personen hatten Platz darin. Das war der einzige Ort, wo die sozialistischen Arbeiter der zweiten preußischen „Haupt- und Residenzstadt" Breslau, die beide Reichstagsmandate an Sozialdemokraten vergeben hatten, „große öffentliche Volksversammlungen" abhalten konnten.

In einer dieser „großen Demonstrationsversammlungen", zu der nur die pflichtbewußtesten unter den pflichtbewußten Parteigenossen erschienen, wurde sie mir gezeigt: „Kennen Sie die Frau dort? Das ist Frau Dr. Willim, eine geborene Prinzessin!"

Ich glaubte natürlich an einen Scherz. Denn die Frau hatte nicht das geringste von jenem äußern Glanz oder der sagenhaften Hoheit, die in der Vorstellung jedes guten Deutschen den Sprößling eines fürstlichen Geschlechts auszeichnen muß. Im Gegenteil: Fast absichtlich unmodern gekleidet, einen kleinen Männerhut auf dem nach Männerart geschnittenen Haare — so machte die Dame viel eher den Eindruck eines „Blaustrumpfs", wie er in Witzblättern abgebildet zu werden pflegt. Während der Versammlung saß sie möglichst in der vordersten Reihe, hörte zunächst andächtig zu, um dann einzunicken.....

Es schien indessen nur so, denn in den vielen Versammlungen, in denen ich sie später sah, lernte ich bald erkennen, daß diese seltsame Besucherin sozialdemokratischer Versammlungen eine der aufmerksamsten Hörerinnen war, die sich ein Redner nur wünschen konnte. Aber sie begnügte sich nicht mit dem Hören allein, in mehr als einer der Versammlungen nahm sie selbst das Wort, sei es auch nur, um eine Frage zu stellen oder um Aufklärung zu bitten.

Sie war wirklich eine Prinzessin, eine Herzogin! Als Tochter des Herzogs Eugen von Württemberg — damals preußischer Husarenoberst in Düsseldorf — war sie im Jahre 1854 geboren und hatte später auf dem Landsitz ihrer Eltern, dem waldumrauschten Karlsruh in Oberschlesien, den jungen Hausarzt lieben gelernt. Bei der Energie, die sie auszeichnete, hat sie es durchgesetzt, daß sie unter Verzicht auf ihren Titel als Herzogin den Mann ihrer Wahl freien durfte. Seit 1880 war sie mit Dr. Melchior Willim vermählt, der vor etwa drei Jahren als Sanitätsrat zur letzten Ruhe bestattet wurde.

Jahrzehntelang hat die so ins bürgerliche Leben hinaufgeflogene Herzogin ohne Titel ihr überaus reges Interesse dem Kampfe der Arbeiterklasse gewidmet. Kaum eine öffentliche Versammlung ist ins Land gegangen, an der sie nicht teilnahm. Seit im Jahre 1901 die Breslauer Arbeiter das ehemalige „Deutsche Theater" als Gewerkschaftshaus erwarben, da sah man sie noch öfter als vordem. Und regelmäßig legte zumindest ein größeres Silberstück unter den Mickeln der Proletarier im Sammelteller an der Saaltür von ihrer Teilnahme blinkendes Zeugnis ab.

Es war wohl mehr ihr Herz, das sie zu den kämpfenden Proletariern zog, als eine klare Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Aber auch die Parteibuchhandlung von Breslau kann von mancher Streitschrift und mancher neu erschienenen sozialistischen Broschüre erzählen, die die ehemalige Herzogin persönlich kaufen kam. Und trotzdem war, daß sie niemals fortging, ohne aus ihrer verborgenen Tasche noch irgendein gemünztes Opfer niederzulegen: „Geben Sie das einem Bedürftigen oder nehmen Sie es für den Wahlfonds!"

Sie war es nicht anders gewöhnt, als daß hin und wieder für irgendeinen wohltätigen Zweck durch die „Volkswacht" gesammelt wurde. Da war eine Familie, die besonders in Not geraten war, oder es war ein Streik, der besondere Opfer heischte. Ob da nun ein Sammelruf ertönte oder nicht, Frau Dr. Willim war die erste, die ihr Scherflein brachte. Ihre Beiträge wurden nur unter einfacher Chiffre in den öffentlichen Quittungen verbucht. Und doch wußten so viele: Das ist wieder von der Prinzessin!

Die Redaktionsräume des Parteiblattes lagen damals noch im Hinterhaus drei Treppen hoch. Oft hat sie dort oben Einkehr gehalten. Immer in großer Hast, nur eine kleine Frage zu stellen oder eine kleine Mitteilung zu machen. Immer aber mit ganzer Seele bei der Armut, deren Los sie nicht beseitigen konnte, aber auf ihre Art zu mildern trachtete. Ihre Opferfreudigkeit für die Arbeiterklasse war stadtbekannt, ihr Sozialismus erst recht. Und mancher satte Bourgeois wird naserümpfend von der „wunderlichen" Frau gesprochen haben, die alle Traditionen ihrer Kreise verleugnete und sich geradezu demonstrativ zu der so viel befehdeten Partei der Arbeit bekannte.

Einmal aber hat das Gerücht ihr bitter unrecht getan: Als Wilhelm II. Anfang 1900 sein Breslauer Leibkürassierregiment besuchte, wurde in der Nähe des Bahnhofs von einer ärmlich gekleideten und sich wunderlich benehmenden Frau ein Beil nach dem Wagen des Kaisers geworfen. Wie ein Lauffeuer war die Nachricht in der Stadt verbreitet: „Frau Dr. Willim hat ein Attentat auf den Kaiser verübt!" Ich erfuhr es in meiner Junggesellenwohnung, wo meiner Wirtin besagtes Töchterlein mit der Nachricht mit allen Zeichen des Schreckens und der Entrüstung brühwarm überbrachte. Sie hatte sie selbst abführen sehen. Ich eilte in

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140425/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG